



Solidarität

Organ des Verbandes der graphischen Hilfsarbeiter und -arbeiterinnen Deutschlands.

Erscheint wöchentlich Sonnabends. Bezugspreis monatlich 0,50 Reichsmark ohne die Bestellgebühr. - Anzeigen: die 3gespaltene Petitzeile 1,- Reichsmark Todes- und Versammlungsanzeigen die Zeile 0,10 Reichsmark - Sämtliche Postanstalten nehmen Abonnements an. Nur Postbezug zulässig.

Das Lohnabkommen im Buchdruckgewerbe gekündigt.

Sehr zeitig wird durch die Verbandsvorstände bekanntgegeben, daß der Lohn tarif, der am 31. März 1928 abläuft, fristgemäß gekündigt wird. Zur Stunde wird die Kündigung bei den Unternehmern schon eingetroffen sein.

Damit treten die Verbände der Arbeiter des Druckgewerbes erneut in eine Lohnbewegung ein, die mit der Wiebergutmachung eines Unrechts an die schlecht entlohnten Arbeiter und Arbeiterinnen der Buchdruckbetriebe durch die Unternehmer ihren Abschluß finden muß. Ueber die Vorgeschichte des noch laufenden Lohnabkommens sind unsere Leser im Bilde. Am 2. März wurde durch Schiedspruch des Zentralschiedsrichtungsamtes der Spitzenlohn für die Zeit vom 1. April bis 30. September 1927 auf 51,50 Mk. und vom 1. Oktober 1927 ab auf 52,50 Mk. festgelegt. Die Verhandlungen im Frühjahr 1927 fielen zusammen mit den Tarifberatungen für Gehilfen- und Hilfsarbeiter. Wie es uns ergangen ist, welche Schwierigkeiten die Unternehmer machten, so daß die gesamte Arbeiterschaft des Gewerbes zum Kampf aufgerufen werden mußte und sehr entschiedene Stellung gegen die Unternehmer nahm, dürfte noch überall in guter Erinnerung sein.

Mit der ganz unzulänglichen Erhöhung der Löhne glaubten die Unternehmer schon wunder was getan zu haben, sie schrieben in der „Zeitschrift“, daß die Prinzipalvertreter sich „trotz schwerer Bedenken gegen die Höhe des neuen Lohnes“ für die Annahme des Schiedspruches ausgesprochen hätten. Damit war aber noch nicht für uns Hilfsarbeiter Klarheit geschaffen, die Zulagen hatten nur Geltung für die Gehilfen, für uns konnten sie nur nach Abschluß eines neuen Tarifes in Betracht kommen. Erst durch den Schiedspruch am 12. März, den die Unternehmer zwar einstimmig ablehnten, wurden für die Hilfsarbeiter einigermaßen erträgliche Verhältnisse geschaffen, die sich aber durch die ungünstige Veränderung der Wirtschaftslage oder richtiger durch die Verteuerung der Lebensmittel bald allgemein verschlechterten. Die Zulage von einer Mark am 1. Oktober wirkte wie Hohn angesichts der fast unerträglich gewordenen wirtschaftlichen Lage der Arbeiterschaft des Buchdruckgewerbes.

Mit den Unternehmern war bekanntlich nicht zu reden, von einer freien Vereinbarung über eine Erhöhung der Löhne wollten sie nichts wissen, sie lehnten alles ab, sie waren ja ja rechtlich im Recht, außerdem bestritten sie noch eine wesentliche Verteuerung der zum Leben notwendigen Artikel. Seht werden sie sich nicht mehr drücken können, bei den nächsten Verhandlungen werden sie gut zu machen haben, die Arbeiter werden sich diesmal haken, was ihnen zu unrecht vorenthalten wurde. Wie die Dinge sich entwickeln werden, ist schwer vorauszusagen, bei den Unternehmern wird man immer auf Ueberraschungen gefaßt sein müssen, auf keine angenehmen natürlich. Die Kollegenschaft im Reich wird schon jetzt Vorbereitungen treffen müssen, die überall jetzt tagenden Generalversammlungen können sich gut mit der Lohnfrage, der Kündigung des Lohn tarifes und den damit im Zusammenhang stehenden organisatorischen Maßnahmen befassen. Sie und da kann ein wenig Leben in der Bude gar nicht schaden, manche Berichte deuten darauf hin. Jedenfalls muß die gesamte Kollegenschaft bereit sein, ihren Willen durchzusetzen, sie muß das zu erkennen geben, sonst wird die Arbeit unserer Verbände wenig Wert haben.

Aufruf zu den Neuwahlen der Betriebsvertretungen im Jahre 1928.

Die Wahlzeit der Mehrzahl der Betriebsvertretungen läuft infolge der alljährlich von den Gewerkschaften zu dieser Zeit durchgeführten Neuwahlen wiederum in den Monaten März/April 1928 ab.

Die Neuwahlen der Betriebsvertretungen für das Jahr 1928 sind daher von den Ortsausschüssen des DGB. und den Ortskartellen des AFD-Bundes in den Monaten Februar/März 1928 gemeinsam durchzuführen. Es ist zu diesem Zweck ein Termin zu bestimmen, an welchem alle Betriebsvertretungen die Bestellung eines Wahlvorstandes vornehmen und diejenigen Belegschaften, die gegenwärtig eine Betriebsvertretung nicht besitzen, ihren Arbeitgeber zur Bestellung eines Wahlvorstandes auffordern. Die Durchführung der Wahlen obliegt den jeweils beteiligten Gewerkschaften.

Diejenigen Betriebsvertretungen, die erst nach dem 1. Oktober 1927 gewählt worden sind, brauchen jetzt eine Neuwahl noch nicht durchzuführen, ebenso handeln die Betriebsvertretungen sämtlicher Behörden, sowie diejenigen im Bergbau, im Baugewerbe und in der Land- und Forstwirtschaft nur nach den unmittelbaren Anweisungen ihrer zuständigen Gewerkschaften. Alle übrigen Betriebsvertretungen sollen im Interesse der Einheitsfront der Neuwahlen zu dem dafür bestimmten Termin vornehmen.

Maßgebend für die Durchführung der Wahlen sowohl für die Arbeiter als auch für die Angestellten sind die Beschlüsse des Gewerkschaftskongresses in Leipzig 1922 (Protokoll S. 419/420) und die Richtlinien des AFD-Bundes vom 3. Juli 1924. Hiernach ist genau zu verfahren. Insbesondere ist unter allen Umständen zu unterlassen, in verschleierte oder offener Form politische Listen aufzustellen. Außerdem dürfen in keinem Falle in die Listen der freien Gewerkschaften Kandidaten aufgenommen werden, die unorganisiert

sind. Wo hiergegen verstoßen wird, können die Gewerkschaften derartige Wahlen auf Grund der Kongressbeschlüsse nicht anerkennen.

Die für die Durchführung der Neuwahlen notwendigen Formulare hat sich der Wahlvorstand im Betriebe auf Kosten des Arbeitgebers herstellen zu lassen. Ein Merkblatt für die Durchführung der Wahlen und Muster für die notwendigen Formulare können durch die Ortsausschüsse und die Ortskartelle von der Verlagsgesellschaft des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes m. b. H., Berlin S 14, bezogen werden.

Auch das Jahr 1927 hat im Zeichen schwerer wirtschaftlicher Kämpfe gestanden. Die Arbeitgeber glaubten durch die Gründung von Wertvereinen die Macht der Gewerkschaften der Arbeiter und der Angestellten schwächen und damit die Arbeitsbedingungen verschlechtern zu können. Daß diese Bestrebungen keinen Erfolg haben werden, ergibt sich allein schon aus der Tatsache, daß die Gewerkschaften im Jahre 1927 Hunderttausende neuer Mitglieder gewonnen haben. Es gilt, die Reihen der Gewerkschaften weiter zu stärken, die Unorganisierten sind aufzuklären und zu tätigen Gewerkschaftsmitgliedern zu erziehen.

Die Wahlparole für die Betriebsräte neuwahlen 1928 ist:

Für wirkliches Mitbestimmungsrecht durch die Gewerkschaften der Arbeiter und Angestellten!

Gegen Wertgemeinschaften und gegen die Zersplitterung der Kampfkraft der Arbeiterklasse!

Berlin, 1. Februar 1928.

Allgemeiner Deutscher Gewerkschaftsbund.
Allgemeiner freier Angestelltenbund.

Die Betriebsräte wahlen

sind die Vorposten des Kampfes zur Wirtschaftsdemokratie.

Nur wenige Wochen trennen uns noch von den Betriebsräte wahlen. Es ist notwendig, die Arbeiterschaft auf die Wichtigkeit dieser Wahlen hinzuweisen. Wie bei allem im Leben hat sich auch über das Betriebsrätegesetz und seine Bedeutung eine gewisse Gleichgültigkeit gebreitet. Das ehemals so heiß umstrittene Gesetz ist bereits mehrere Jahre in Kraft. Die gewählten Betriebsräte tun ihre Pflicht. Die Arbeiterschaft bekümmert sich leider nicht genug um diese Einrichtung. Die alljährlich stattfindenden Wahlen geben die Möglichkeit, sich mit diesem Gesetz und dem Problem der Wirtschaftsdemokratie überhaupt zu beschäftigen.

Die Eroberung der Wirtschaft durch die Arbeiterschaft war das große Ziel, welches mit der Betriebsrätebewegung eingeleitet werden sollte. Politisch ist die Idee der Demokratie weitgehend durchgeführt. Die Regierungsgewalt geht vom Volke aus, so heißt es in der Weimarer Verfassung. Aber die demokratische Herrschaft im Wirtschaftsleben sieht noch böse aus. Der wirtschaftliche Betrieb, dort wo Werte geschaffen werden, wo die Millionen Menschen ihren täglichen Kampf auszufechten haben, da ist nach wie vor die Alleinherrschaft des Unternehmers oder einer Gruppe von Befehlshabern maßgebend. Von einer Demokratie oder einem Mitbestimmungsrecht breiter Volksmassen ist hier nichts wahrzunehmen. Selbst die im Betrieb Tätigen haben lediglich zu arbeiten und zu gehorchen. Und doch können durchgreifende Fortschritte und Erfolge niemals zur Wirklichkeit werden, wenn in diesen Keimzellen der Wirtschaft und darüber hinaus in der gesamten Volkswirtschaft jene Volksmassen von der Leitung ausgeschlossen werden, deren Hände und Hirnen letzten Endes der volkswirtschaftliche Reichtum entsprossen.

Auf dem Gewerkschaftskongress in Breslau wurde sehr deutlich die Forderung erhoben, daß es not-

wendig sei, die Arbeiter als gleichberechtigte Faktoren im Wirtschaftsleben anzuerkennen und den Gewerkschaften die Mitwirkung und Mitbestimmung in der Wirtschaftsführung einzuräumen. Das erste Parlament der Arbeiterschaft konnte sich hierbei auf den Artikel 165 der Reichsverfassung berufen, der den Arbeitern und ihren gewerkschaftlichen Organisationen die gleichberechtigte Mitwirkung an der gesamten wirtschaftlichen Entwicklung der produktiven Kräfte und ihre Beteiligung an den Betriebsräten zur Erfüllung der gesamten wirtschaftlichen Aufgaben zuerkennt. Es sind in dieser Beziehung bisher nur einige Ansätze erreicht worden. Das Besitzrecht der Unternehmer ist noch ungeschmälert, das Profitinteresse wird noch immer über das Allgemeinwohl gestellt. Es kann nicht damit abgetan sein, in einem in seinem Aufbau unzureichenden Reichswirtschaftsrat die Verwirklichung aller Wünsche zu sehen, sondern die Demokratisierung der Wirtschaft muß von unten auf ihren Anfang nehmen. Der Ausgangspunkt von alledem sollen und müssen die Betriebsräte sein. Deshalb unser Hinweis auf die Bedeutung der Betriebsräte wahlen.

In den Gewerkschaften sah man in der Vorkriegszeit in der Hauptsache nur sozialpolitische Faktoren. Das hiermit die Aufgaben der Gewerkschaftsbewegung nicht voll erschöpft werden, dürfte jedem ohne weiteres klar sein. Auch den herrschenden Gewalten ist nachgerade der Gedanke gekommen, daß die Gewerkschaften etwas anderes sind, als lediglich Förderer der Sozialpolitik. Im März 1915 erklärte der damalige Staatssekretär Delbrück im Reichstag: „Man hat vielfach die wirtschaftliche Bedeutung der Gewerkschaften verkannt und in ihnen politische Agitationsinstrumente bestimmter Parteien gesehen, während tatsächlich nach meiner festen Ueberzeugung die Gewerkschaften in erster Linie wirtschaftliche Aufgaben zu erfüllen haben, ohne die unser Wirtschaftsleben nicht mehr denkbar ist.“

Die Politik der Gewerkschaften in der Zukunft muß Sozialpolitik und Produktionspoli-

tit zugleich sein. Die sozialpolitischen Belange der Arbeiter und Angestellten sind auf das eifrigste wahrzunehmen, aber daneben gilt es, das Eindringen der Arbeiter in die Wirtschaftsführung mit allen Mitteln zu fördern. Diese große Forderung lassen wir zusammen in die Worte: Kampf um die Wirtschaftsdemokratie!

Dieser Kampf gewinnt an Bedeutung dadurch, weil die deutsche Industrie immer größere Anforderungen an die geistige und die körperliche Befähigung der Arbeiter und Angestellten stellt. Im modernen Produktionsprozess, der durch die Rationalisierung und Umstellung immer mehr verfeinert wird, kann nur ein geistig hochstehender Arbeiter seinen Platz vollständig ausfüllen. Somit beruht die Weltgeltung der deutschen Wirtschaft nicht in letzter Linie auf der Intelligenz der deutschen Arbeiterschaft. Um den Platz im Wirtschaftsleben vollständig ausfüllen zu können, ist ein hoher Lebensstandard der breiten Massen eine absolute Notwendigkeit. Diesem Ziel gilt der Gewerkschaftskampf. Doch darin kann sich die Gewerkschaftsbewegung nicht erschöpfen. Sie muß im Gegenteil, angelehnt an die gestellten Anforderungen, auch auf Verbreiterung der Herrschaft der Arbeiterschaft über das gesamte Wirtschaftsleben bemüht sein. Die Forderung nach Wirtschaftsdemokratie ist aus diesem Grunde begründet, weil der Staat von heute grundverschieden gegenüber dem in der Vorkriegszeit ist. Recht deutlich hat dies einmal unser Kollege Leipart in einem Gedächtnisartikel zu Carl Legiens Sterbetag in der Zeitschrift „Die Arbeit“, Heft 1, des Jahrganges 1926, zum Ausdruck gebracht:

„Der demokratische Staat ist nicht mehr der Obrigkeitssaat von früher, sondern soll der Volkssaat sein. Als solcher ist der demokratische Staat gezwungen, mehr Wirtschaftspolitik zu betreiben, als der alte Obrigkeitssaat das zu tun brauchte. Der demokratische Staat muß aber um seiner selbst willen seinen Einfluß auf die Wirtschaft ausüben. Denn Demokratie im Staate und Autokratie in der Wirtschaft vertragen sich nicht auf die Dauer. Wer also das demokratische System in der Staatsverwaltung schützen und aufrechterhalten will, muß dafür sorgen, daß auch in der Wirtschaft die Demokratie durchgeführt wird.“

Aus alledem ist die Bedeutung der Betriebsrätebewegung zu erkennen. Die Betriebsräte sollen die Pioniere des Kampfes um die Wirtschaftsdemokratie sein. Die deutsche Wirtschaft befindet sich im Umbau. Wie sie nach zehn Jahren aussehen wird, kann heute noch niemand wissen.

Aber soviel wissen wir, daß die Neugestaltung der wirtschaftlichen Verhältnisse in Deutschland ohne Mithilfe der breiten Massen nicht geschehen kann und nicht geschehen darf. Die Hand- und Kopfarbeiter sollen nicht nur lediglich als Arbeitstiere in Frage kommen, sondern als Mitbegründer im Wirtschaftsprozess berufen sein. Das sind die großen Gedanken, die dem Kampf um die Befreiung der Betriebsräte zugrunde liegen müssen. Deshalb, ihr Arbeiter in Stadt und Land, rüht zu den Betriebsrätemachen! Sie sind die Vorposten des Kampfes um die Demokratisierung der deutschen Wirtschaft.

In der Urgzeit war die Arbeit eine Last, im Altertum eine Last, im Mittelalter eine Kunst (ein Privilegium, ein Vorrecht), in der Neuzeit ist sie ein Recht, in Zukunft wird sie eine Pflicht sein; das Ideal ist, daß sie eine Lust werde. Weichold (Geschichte der Arbeit).

Wirtschaft und Kultur.

Das Wesentliche.

In Felsen gehauen finden wir hier und dort in der Welt Zeichnungen. Sie stellen Tiere oder Menschen dar und wurden vor Jahrtausenden von ganz unentwickelten Menschen in die Felsen geritzt. Dennoch fällt bei den eingegrabenen Zeichnungen dieser Primitiven eines auf, der ausgeprägte Sinn für das Wesentliche. Die wesentlichen Merkmale der gezeichneten Menschen und Tiere wurden erkannt und festgehalten. Und darüber wundert sich die Wissenschaft.

Aber daß sie sich darüber wundern muß, ist begreifend. Es läßt vermuten, daß uns heutigen Menschen dieser starke Sinn für das Wesentliche verloren gegangen ist.

Und er ist bei uns auch nicht mehr in dem alten Maße vorhanden. Das zerschende Leben von heute hat auch unser Empfinden verleert. Dieses Leben mit seinem Kampfe um die Existenz hat den Sinn für das Feinere geschädigt. Das Leben mit seinem Heizen und Sagen hat zu einem stillen Betrachten und künstlerischen Beobachten der Umwelt nicht mehr die Zeit.

Das können wir auch auf anderen Gebieten des Lebens erkennen, doch der Sinn für das Wesentliche nicht mehr diese alte gesunde Klarheit hat. Das erkennen wir auch im organisatorischen Leben. Auch da wird die große wesentliche Linie oft nicht gesehen. Auch in gewerkschaftlichen Kämpfen beobachtet man so oft den führenden Gedanken nicht und lähmt die Zielkraft, indem man an Kleinigkeiten nörgelt und weniger bedeutende Nebenerscheinungen für wesentlich hält.

Auch Nebenerscheinungen mag man kritisieren, doch immer nur mit der Kritik, die einer Nebenerscheinung zukommt, aber nie in solcher Art, daß darunter das Wesentliche, das Ganze zu Schaden kommt. Alles muß im Dienste des großen Gedankens geschehen, und eines Menschen ist es nicht würdig, sich so weit im Kleinen zu verfangen, daß der Sinn des Ganzen dadurch gefährdet wird.

Nur das ist menschlich, groß zu denken, in führenden Linien zu streben und zu handeln. Ist das nicht herrlich zu sehen, wie da im primitivsten Menschen doch ein Sinn für das Wesentliche, das Bestimmende vorhanden ist? Der

Von den Berufszeitungen.

Anlässlich einer Tagung der Berufszeitungsmänner, eingeladen vom „Dinta“-Institut, wurde lang und breit, wie wir der „Gewerkschaftszeitung“ entnehmen, über die großen Aufgaben der „Dinta“-Berufszeitungen gesprochen. Wir können uns denken, ohne an der Tagung teilgenommen zu haben, welche Reize dort den Herren und Damen von der „Dinta“-Zeitung für die Behandlung der Arbeiter überreicht worden sind. Der Kampf um die Seele des Arbeiters, wie er vom „Dinta“ ausschließlich geführt, propagiert und gelehrt wird, wird das bestimmt nicht schlechte Mittel der Berufszeitungen nicht entbehren können. Darum überraschen auch die Vorschläge nicht, wie die Berufszeitungen „gemacht“ werden sollen. In erster Linie sollen die Berufszeitungen produktionsfördernd wirken, und zwar sowohl nach der positiven Seite hin wie auch dadurch, daß sie die Unfallgefahren bekämpfen, soweit diese auf mangelnder Vorsicht und Unkenntnis der Arbeiterschaft beruhen. So sollen die Berufszeitungen allein hierdurch schon „das Geld... wieder bereinbringen“, das sie kosten. Die Berufszeitung soll weiter „den Betrieben helfen“ und soll der „technischen Schulung“ dienen, indem sie richtige und falsche Arbeiten zeigt. „Wir versuchen“, wurde weiter gesagt, „durch den Kampf gegen die Fehlerquellen die Wirtschaftlichkeit der Arbeit auf die Höhe zu bringen“. Man will ferner dem Arbeiter, „der in der Kleinarbeit so leicht untergeht, den Blick weiten für das große Gelingen auf dem Gebiete der Technik“. Es soll dem Arbeiter auch „eine gewisse Betriebsinsicht“ vermittelt werden. Damit soll der schon erwähnten Weiterbildung und insbesondere dem „Serrillde“ entgegengeführt werden, das „der einzelne gewonnen hat durch den verlorenen Krieg, durch die Inflation und durch die nachinflationistische Zeit“. In die inflationistischen Geschäftspraktiken, wie sie noch immer, gerade in den Kreisen der Großindustrie, beliebt werden, hat man dabei jedoch nicht gedacht.

Man hofft, daß der Arbeiter, von dieser feiner „Weiterbildung“ befreit, „alle die Vorurteile, die er im Herzen hat, wieder los wird“. Aber es soll nicht der Anschein erweckt werden, „daß wir (dem Arbeiter) Ansehen vermitteln wollen“; nur eine „gewisse Einfühlung“ und die nötigen „Boraussetzungen“ will man ihm an die Hand geben. Man solle dabei, wurde den versammelten Herren und Damen, die an den Berufszeitungen schaffen, gesagt, bei dieser Arbeit nicht „schmeichele“ vorgehen, also immer höflich vorichtig, damit der Arbeiter die Pflicht nicht merkt und die Verstimmung ausbleibt. Selbstverständlich aber alles in Ehren und Treuen; denn, so sagte man: „Wir haben die Wahrheit zu sagen und diese Wahrheit nicht zu scheuen!“ Es gibt aber auch unangenehme Wahrheiten. Auch dafür hat man in Düsseldorf ein Rezept:

„So sollen alle diejenigen Stoffe, die Konflikte hervorrufen könnten, nicht in der Berufszeitung zu finden sein. Es gibt solche Stoffe. Man kann sich in der Berufszeitung nicht auf unterhalten über die Höhe des Lohnes, da wird man zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer immer verschiedener Meinung sein. Auch über die Länge eines Arbeitstages kann man in einer Berufszeitung sich nicht unterhalten. Es wäre falsch, in einem solchen Gespräch die Schönheiten des Zehnhunderttages in der Berufszeitung besingen zu wollen. Das sind Konfliktsstoffe, die nicht in die Berufszeitung gehören.“ (Auch im Original unterstrichen.)

Zurzeit erscheinen 65 verschiedene Berufszeitungen allein im Verlage des „Dinta“ oder von ihnen beeinflusst. Daneben gibt es noch eine Anzahl unabhängiger Berufszeitungen, die sich auch im Charakter und in ihren Zielen von den „Dinta“-Blättern unterscheiden, so die in Berlin erscheinende „Vorsichtszeitung“, „Der Vorkämpfer“ u. a. Die meisten Dinta-Berufszeitungen entfallen auf die Berg- und Hüttenindustrie, die chemische Industrie und den Maschinenbau. In neuerer Zeit ist auch die Papier- und die Zuckerindustrie mit einbezogen worden. Daneben geht man daran, für ganze zusammenhängende Industriebezirke Blätter zu schaffen. Ein besonderes Blatt ist auch für die Eisenbahner ins Leben gerufen worden. Man scheint zu übersehen, daß diese für ganze Bezirke bestimmten Blätter den Charakter der Berufszeitungen durch ihr Verbreitungsgebiet verlieren, und daß damit auch ihr ursprünglicher Sinn, „Werksverbundenheit“ wachzurufen und zu fördern, ausgehen wird.

Die stärkste Verbreitung hat die Werkpresse im rheinisch-westfälischen Industriegebiet. Nachdem hat sie in Mittel- und Niederschlesien, teilweise auch in Oberschlesien (Vorsichtzeitung), eine gewisse Verbreitung erlangt. Die Gesamtauflage wurde zurzeit auf 450 000 angegeben. Man hofft, die halbe Million bald erreicht zu haben.

An sich besagen diese Zahlen nichts, da sich nicht feststellen läßt, wieviel Zeitungen wirklich gelesen werden und wieviel Leser das Gebotene gläubig hinnehmen. Aber man sucht das Verbreitungsgebiet ständig zu vergrößern und schließlich ganz Deutschland mit „Dinta“-Berufszeitungen zu überschwemmen.

Ueber die angeblichen Wünsche und den Geschmack der Leser der Berufszeitungen erfahren wir mancherlei. So hat man den Versuch mit einer Kinderbeilage gemacht, da solche gewünscht wurde. Möglicherweise geht man auch an die Schaffung einer Kunstbeilage. Es hapert bisher nur am Kostenpunkt. Sehr stark wehrte sich die Hauptredaktion dagegen, daß die Berufszeitungen von den einzelnen Werksarbeitern maßgeblich beeinflusst werden. Ueber den Hauptinhalt bestimmt das „Dinta“ in Düsseldorf! Die Gartenbaunotizen mußten ausgegeben werden, weil es an Mitarbeit fehlte; man hätte sie sonst gern auch weiterhin gebracht, wohl weil sie am meisten auf Interesse bei den Lesern stoßen. Große Erfolge verspricht man sich von der Zusammenfassung der Zeitungen der einzelner Werke zu Konzernzeitungen. Zum Teil bestehen solche Konzernzeitungen schon. Die Veröffentlichung von Unfallbildern soll nur bedingten Wert haben, zumal die Bilder, die man von Berlin bekommt, zum Teil „fürchterlich“ seien und die Grenzen der Karikatur hart streifen sollen. Verlangt werden auch humoristische und Denkporträts. Nur weiß man noch nicht, woher man die Witze nehmen soll, wenn sie die Arbeiterleser nicht selber beisteuern. Aber mit diesen Witzen ist es mitunter eine bedenkliche Sache. So wurden einer Werksredaktion, die einen solchen gebracht hatte, hinterher „beinahe die Scheiden eingeworfen“. Die Herren Generaldirektoren sollen mehr zur Mitarbeit herangezogen werden. Das sollte kein Witz sein, ist aber vielleicht der beste. Die versammelten Herren und Damen wurden „nur schonen“ darauf vorbereitet.

Bei den Todesanzeigen aus den Wer-

Mensch ist zu mehr geworden als zum Ausleben in den alltäglichsten Kleinigkeiten. Er hat etwas vom Fahren in sich, vom Schöpferium, vom immer neuen Gestalten.

So ist es denn auch nicht verwunderlich, daß auch beim genialen Menschen der Sinn für das Wesentliche eine charakteristische Erscheinung ist. Ein Genie kann nicht sein ohne den ausgeprägten Sinn für das Wesentliche, auf das es sein ganzes Denken und Schaffen als auf die Kernpunkte der Wahrheit lenkt.

Wenn wir darum das so häufige Fehlen des Sinns für das Wesentliche auch aus den Zeitverhältnissen heraus gewiß begreifen, so ist es doch zugleich gegen diesen Zeitgeist, wenn wir klar den Weg geben, den wir zu gehen gezwungen sind. Wägen auch manche einzelnen vielleicht an der Zeit tranken: uniere Bewegung trankt nicht.

Ich bin das so gewohnt.

Träge leben so viele Menschen dahin. Wie eine Kugel, von außen gestoßen, dahinflutet, so lassen sie sich von außen bewegen und schieben und quälen, ohne eigenen Widerstand. Und ruft man ihnen dann zu: „Halte doch ein! Erkenntst du denn nicht euer krautiges und seliges Los?“, dann ist ein Achselzucken nur die Antwort.

Es sind das Leben so gewohnt. Die Gewohnheit ist die schlimmste Gefahr des Fortschritts. Der Mensch, der Menschen mit Gewohnheit treiben, denn an und für sich kann auch Gewohnheit sein. Sie erleichtert oft, in Kleinigkeiten angewandt, das Leben. Sie bewahrt so oft vor einer Verzettlung der Energie. Sie läßt das Leben sich in so manchem nach diesem Gewohnheitslauf vollziehen, doch nur, damit die Kraft dann für die andere, für die große ganze Aufgabe des Menschen mitterbraucht werden kann.

So ist die Gewohnheit eines bestimmten Tageslaufes oft, wie die Wissenschaft auch bewiesen hat, eine lebensfördernde Einrichtung. Doch nur in dem Kleinen, in den Alltäglichkeiten des Seins. Wer darüber auch in den großen Linien, in den sozialen Notwendigkeiten des Lebens der Gewohnheit anheimfällt, der unterdrückt sich selbst und sein Recht am Dasein. Der handelt dem gefunden Sinne, dem Gewohnheit haben kann, entgegen.

Gegen die Gewohnheit, gegen das ewig Geistige sozialer Unterdrückung zu sein, das ist die führende, lebensbestimmende Tat. Nur nicht geschehen! Nur nicht ewig von außen bewegt! Ein Ganzes jeder! Jeder ein Starter und Eigner! Und wenn es anders als so bei einem Menschen ist, dann ist das nur zum Vortheile derer, die da gewohnt sind, über ihre dummen Rechte zu lachen.

Von der Tiefe und Größe des Mit-Ebens.

Wo ich unterschiedenes Begehren oder die Tendenz, sich ein solches zu besitzen, wahrnehme, wende ich mich mit einem gewissen inneren Brauen ab. So habe ich, ohne Neid zu empfinden, einen instinktiven Haß gegen Reiche empfunden: ich gebe zu, daß auch sie trotz ihres Reichtums nicht glücklich zu nennen sind; aber sie haben die recht erfrischliche Tendenz, es sein zu wollen; und das enstern mich so von ihnen. Sie halten sich mit raffinierter Wichtigtuerei, was ihrer möglichen Mitempfindung das Eben zeigen könnte, auf dem all ihr gewöhnliches Begehren beruht, und dies Eingige trennt mich um eine ganze Welt von ihnen. Ich habe mich darin beobachtet, daß ich mit sympathisch drängender Gewalt zu jener anderen Seite hingezogen werde, und alles mich erst nur insofern berührt, als es mir Mitgefühl, das ist Mit-Leiden, erweckt. Dieses Mit-Leiden erkenne ich in mir als stärksten Zug meines moralischen Beweins, und vermutlich ist dieser auch der Quell meiner Kunst.

Richard Wagner.

Lohnt sich soziale Gestaltung?

In jedes, selbst das ärmste Kind, ist ein gewisser Kapitalwert gesteckt, durch die Kosten der Geburt, der Ernährung, der Erziehung und Bildung. Diese Kosten betragen für die amerikanischen Kinder bis zu 15 Jahren, die innerhalb dieser 15 Jahre sterben, 2 Milliarden und 200 Millionen Dollar. Sie starben, weil die soziale Fürsorge fehlte. Nur 175 Millionen Dollar jährlich, und die meisten jener Kinder blieben am Leben. Aber man opfert dennoch lieber Millionen, denn Rentabilität und Kalkulation sind ein Gebiet jenseits des Sozialen. Drüben wie bei uns.

ten hat die Redaktion festgestellt, daß die eine Wertsetzung die verstorbenen Arbeiter als „Herr“, die andere nicht als Herr bezeichnet hat. Das hat zu Anständen geführt. Welche Seite sich beschwert gefühlt hat, wurde nicht gesagt. Es wurde auch eine Stimme laut, die die Behandlung der erwähnten „Konfliktstoffe“ nicht ausgeschaltet wissen wollte. Es könne auch Gutes dabei herauskommen. Andere wollen die Betriebsräte zur Mitarbeit herangezogen haben. Auch an Selbstbestimmtheit fehlte es nicht, z. B. der Art, daß man sich früher zu wenig um das Schicksal der Arbeiter gekümmert habe. Jetzt möchte man das durch die Wertsetzungen gutmachen. Man ist sich auch klar darüber, daß der Arbeiter dieser Zeitungen mit einem gewissen Mißtrauen gegenübersteht.

Mit dieser Auslese wollen wir es genug sein lassen. Sie zeigt, daß man im „Dinta“ noch immer mit den größten Hoffnungen und Erwartungen an der Arbeit ist. Man tut das heute nicht mehr in der brutalen Form vergangener Zeiten, weil man erkennen gelernt hat, daß Gewaltmethoden verfallen. Aber das Ziel ist noch immer das gleiche: Man sucht die Arbeiter abzuzeichnen vom Kämpfe ihrer Klasse um die Gleichberechtigung in Staat und Wirtschaft. Wie das früher schon nicht gelungen ist, so wird das auch mit den verfeinerten und schlauneren Methoden des „Dinta“ nicht gelingen. Dafür bürgt die rückhaltlos offene und zugleich sachliche Aufklärungsarbeit der Gewerkschaften und ihrer Presse, die es nicht nötig haben, sich um die Erörterung der „Konfliktstoffe“ herumzudrücken. Diese unaufrichtigen Methoden der Wertpolitik der Unternehmer und der Wertpresse zwingen die Gewerkschaften, den wahren Sachverhalt über die Beziehungen zwischen Arbeiterchaft und Unternehmertum so klar darzustellen und die sich daraus ergebenden Folgerungen um so schärfer zu vertreten.

Ausschussung des IOB.

vom 17. bis 20. Januar 1928 in Berlin.

Die vom 17. bis 20. Januar 1928 im Gewerkschaftshaus in Berlin abgehaltene Ausschussung des IOB, welche nach kurzer allgemeiner Debatte eine aus den verschiedenen Ländergruppen bestehende Kommission von sieben Mitgliedern ein (Grafmann, Hils, Taperie, Hueber, Bußon, Jachobs, Stembuis), die sofort zusammentrat und in eintägiger Verhandlung die ganze Reorganisationsfrage ausführlich besprach. Nach Schluß der Sitzung teilte Grafmann als Berichterstatter der Kommission mit, daß sich eine Mehrheit der Kommission für Berlin als künftigen Sitz des IOB. ausgesprochen hatte, während sich eine Minderheit für Brüssel ergab. In bezug auf den Generalsekretär schlug die Kommission vor, die Landeszentralen aufzufordern, für diesen Posten innerhalb vier Monaten Kandidaten in Vorschlag zu bringen. Nach einer ausführlichen Debatte, an der sich Vertreter aller Länder beteiligten und die sachlichen, organisatorischen und geographischen Vorteile von Berlin und Brüssel neuerdings abgewogen wurden, beschloß die Konferenz auf Antrag der deutschen Delegation die Sitzfrage mit den übrigen Punkten auf die nächste Sitzung zu vertagen, und zwar speziell auch deshalb, weil die Vertreter mehrerer Länder kein bestimmtes Mandat hatten und ohne ein solches einem so weittragenden Beschluß nicht zustimmen wollten.

Bei der Erstattung des vom Vorstand genehmigten Tätigkeitsberichts kam Sassenbach zunächst auf die mit dem britischen Generalrat am 8. November 1927 in London geführten Besprechungen über die Vertretung der britischen Landeszentrale im Vorstand des IOB. zu sprechen, wobei er den freundschaftlichen Charakter der Verhandlungen hervorhob und erklärte, daß man eine baldige und für beide Teile befriedigende Lösung dieser Frage mit Sicherheit erwarten dürfe.

Was die vom Pariser Kongreß des IOB. auf Vorschlag der britischen Delegation angenommene Resolution über den Anschluß weiterer Landeszentralen betrifft, so teilte Sassenbach mit, daß sich der IOB. in letzter Zeit mit einer Reihe nicht angelsächsischer Länder in Verbindung gesetzt habe, um die einem Anschluß entgegenstehenden Gründe in Erfahrung zu bringen. Die von verschiedenen Landeszentralen bereits erteilten Antworten (Griechenland, Vereinigte Staaten, Irland, Mexiko, Portugal und Indien) geben zu der berechtigten Hoffnung Anlaß, daß es durch weiteren Meinungsaustausch möglich sein wird, zu den gewünschten Resultaten zu kommen.

Der Besprechung des Verhältnisses des IOB. zum Internationalen Arbeitsamt und der auf der nächsten internationalen Arbeitskonferenz zur Behandlung gelangenden Fragen lagen umfangreiche Berichte über das Problem der Mindestlöhne und der Unfallversicherung vor, ferner verschiedene Artikel und Aufzeichnungen bekannter Führer über die Stellungnahme des IOB. zur internationalen Arbeitsorganisation. In einer ausführlichen, mit großem Interesse entgegengekommenen Rede gab Mertens eine bis in alle Einzelheiten gehende Darstellung der Organisation und Arbeitsweise des Internationalen Arbeitsamtes sowie der internationalen Arbeitskonferenzen.

Die Genossen Hueber und Shaw setzten sich energisch für die Einführung der deutschen Sprache als offizielle Verhandlungssprache im Internationalen Arbeitsamt ein, wobei Shaw unter anderem hervorhob, daß es

vor allem Aufgabe der nicht deutschen Vertreter sei, auf die Beteiligung des jetzigen unhaltbaren Zustandes hinzuwirken.

Zum Schluß genehmigte der Ausschuß die Anschlußgesuche des Arbeiterverbandes von Süwestafrika und des estnischen Gewerkschaftsbundes. Wegen der vorgerückten Zeit wurden die beiden letzten Punkte der Tagesordnung, betreffend die von der Internationale der Privatangestellten beantragte Wahl von Vertretern der Angestellten und Beamten in alle leitenden Körperschaften der internationalen Gewerkschaftsbewegung sowie die Verwendung der nach Abschluß einer internationalen Hilfsaktion einlaufenden Beiträge bis zur nächsten, in sechs Monaten in Amsterdam stattfindenden Ausschussung vertagt.

Aus den Zahlstellen.

Baugen. Generalversammlung vom 19. Januar 1928. Bevor in die Tagesordnung eingetreten wurde, gedachte der Vorsitzende Kollege Frost in ehrenvollen Worten des verstorbenen Kollegen Burack. Zum ersten Punkt der Tagesordnung gab der Kassierer Holsch den Kassenbericht. Im Berichtsjahr betragen die Einnahmen an verkauften Karten 8887,80 Mk. An die Hauptkasse wurden gelangt 6715,50 Mk. Ortstafelvermögen am Schluß des Jahres 399,50 Mk. Mitgliederbestand am Ende des Jahres 67 Männliche, 209 Weibliche, insgesamt 276. Die Tätigkeit der Kassierung wurde von den Revisoren bestätigt, und es wurde dem Kassierer Entlastung erteilt. Die hierauf vorgenommenen Wahlen ergaben die Wiederwahl der bisherigen Vorstandsmitglieder. Unter Verschiedenem streifte der Vorsitzende Kollege Frost die Notwendigkeit der Votalsbeitragssteigerung um 5 bzw. 10 Pf. Die Verammlung gab hierzu ihre Zustimmung. Des weiteren gab er bekannt, daß die vor dem Kriege vom Gewerkschaftsamt arrangierten Gesellschaften in Zukunft wieder aufgenommen werden. Als erster Versuch soll am 24. Juni dieses Jahres eine Fahrt nach Reichenberg i. B. und dem Besuche, der 1100 Meter hohen Werke des nordböhmischen Berglandes, veranstaltet werden. Um jedem Mitgliede die Teilnahme zu ermöglichen, wird der Ortsausflug Sparmarken herausgegeben. Die Teilnehmergebühr beträgt pro Person 10 Mk. einschließlich Fahrt von Baugen nach Reichenberg und zurück, Mittagessen und sonstige Verpflegung, soweit der Betrag noch dafür ausreicht. Kollege Dannad gab noch einen kurzen Bericht über die mit der Firma stattgefundenen Verhandlungen über die angeordnete Kurzarbeit, die von der Versammlung einstimmig abgelehnt wurde, da noch genügend Arbeit vorhanden und noch Ausflugsarbeiterinnen beschäftigt werden. Nach Erledigung einiger örtlicher Angelegenheiten schloß der Vorsitzende mit der Bitte, den Verband auch ferner die Treue zu wahren, die gutverlaufene Versammlung.

Berlin. Neuwahlen. Jahresberichte, Neuwahlen der nicht angestellten Vorstandsmitglieder, der Revisoren und der Bibliothekskommission beschäftigten die außerordentlich gut besuchte Mitgliederversammlung vom 29. Januar d. J. Aus dem gebrauchten Jahresbericht, der leider nicht allen Kollegen bis zur Versammlung zugänglich gemacht werden konnte, kennzeichnete Kollege Gloß die wichtigsten Etappen und Ereignisse des vergangenen Jahres. Besonders erfreulich war der Rückgang der Arbeitslosenziffer von circa 900 auf 400 bis in die Mitte des Jahres. Immerhin waren am Schluß des Jahres wieder zirka 500 Arbeitslose vorhanden. Hervorhebung der Kämpfe im Steinbrudgerwerbe, wo nach längerer Tariflosigkeit wieder ein Lohn- und Manteltarif mit einigermaßen befriedigendem Ergebnis erkämpft werden mußte. Die Einführung einer dauernden Extrarunterstützung für unsere Anwälte hat bei allen Kollegen, insbesondere bei den davon Betroffenen, freudige Zustimmung gefunden, was in zahlreichen Zuschriften an die Verwaltung zum Ausdruck gebracht wird. Unter Berliner Beispielen wird besonders die kommenden Köliner Verbandstag veranlassen, eine allgemeine Anwaltsunterstützung einzuführen und auch einen Ausbau dieser Einrichtung möglich machen. Die sozialpolitischen Ereignisse, Arbeitszeiterordnung, Arbeitsgerichts-gesetz und das Gesetz über Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung brachten für die Ortsverwaltung eine erhebliche Erweiterung ihres Arbeitsfeldes mit sich, so daß eine Umstellung innerhalb der Ortsverwaltung notwendig werden wird. Der Ortsvorstand wird einer der nächsten Mitgliederversammlungen dahingehende Anträge unterbreiten. Um die praktische Auswirkung vorkommender Gesetze zu verfolgen, wird dringend eruchtet, alles diesbezügliche Material der Ortsverwaltung zugänglich zu machen. Unsere Bildungsarbeit unter Hinzuziehung erster Kenner und Lehrkräfte hat erfreuliche Ergebnisse und Fortschritte gezeigt. Erwünscht ist eine noch stärkere Beteiligung der gesamten Kollegenchaft. Nicht so ist es in der Erhaltung unserer Jugend. Wir haben allerdings in Berlin nur zirka 50 Jugendliche unter 16 Jahren in unserem Beruf, aber es muß darauf hingewiesen werden, daß sich auch Augenblicke bis zu 18 Jahren unserer Jugendgruppe anschließen können. Hauptächlich alle älteren Kollegen und Kolleginnen sollten hier durch Einwirken auf die Jugendlichen zur Besserung der Verhältnisse beitragen. Bei der Frauenerebette wurde für 50 Todesfälle neumal Beitrag à 50 Pf. erhoben, ein geringer Betrag für erhebliche Leistungen. Allen verheirateten Kollegen sei hiermit nochmals der Eintritt empfohlen. Das Verhältnis zu den anderen Verbänden, besonders den Bruderverbänden, ist als gut zu bezeichnen; hervorzuheben ist noch, daß sich unsere Organisation innerhalb der Berliner Gewerkschaften durch ihre außerordentlichen Einrichtungen sehen lassen kann und vorbildlich wirkt. Möglich gemacht wurde allerdings alles nur durch die rastlose Tätigkeit der Mitglieder selbst, der Funktionäre und der Ortsverwaltung, denen allen hier besonderer Dank ausgesprochen werden muß. Doch muß weitergearbeitet werden. Die kommenden lobtunwürdigen Auseinandersetzungen erfordern eine aktive Beteiligung der gesamten Kollegenchaft und eine straffe Organisation in unserem Beruf. Der kommende Verbandstag und auch die politischen Wahlen müssen in einer regen Beteiligung an den gesamten Organisationsarbeiten ihre Erledigung und die Kollegenchaft auf dem Posten finden.

Kollege Blantenburg berichtete über die Kassenverhältnisse. Vergleiche mit den Vorjahren geben Veranlassung

zu den besten Hoffnungen. War die Mitgliederzahl von 13 000 im Jahre 1923 auf 6900 Ende 1924 gesunken, so können wir jetzt eine Mitgliederzahl von über 9500 feststellen. Im Berichtsjahre ist es gelungen, verhältnismäßig ganze Betriebe wieder neu zu organisieren und insgesamt zirka 1000 neue Mitglieder der Organisation zuzuführen; bemerzenswert ist die große Zahl von 100 Uebertritten von anderen Organisationen. Die Besserung zeigt sich auch in der Beitragsleistung pro Kopf und Jahr: 1924: 35 Beiträge, 1927: 44 Beiträge. Beitragsfrei waren 1926: 5300 Mitglieder, 1927 dagegen nur 3000 mit 33 500 Wochen. Bei der Weihnachtunterstützung konnten die Höchstbeträge um 5 resp. 3 Mk. erhöht werden. Insgesamt wurden 20 500 Mk. zur Auszahlung gebracht. Die Gesamtabrechnung des Jahres 1927 schließt mit einer Summe von 520 274 Mk. ab, gegenüber der Zahl von 1924: 131 000 Mk. eine Verrierachung. 220 Druckerfassierer sind in 60 Betrieben mit 4 bis 8 Kollegen und 190 in Betrieben und Abteilungen mit 10 bis 200 Kollegen tätig. So erfreulich das Jahr 1927 ausfiel, ist leider der Anfang des Jahres 1928 nicht anzusehen. Gegenüber Januar 1927 muß jetzt schon eine erhebliche Zunahme der Arbeitslosen- und Krankenunterstützungen festzustellen werden. Ein Ausbau bzw. Verlängerung der Unterstützungs-dauer wird eine der wichtigsten Aufgaben des Köliner Verbandstages sein. Auch Kollege Blantenburg sprach die Hoffnung aus, daß der Verbandstag die Anwaltsunterstützung obligatorisch einführen werde, um allen unseren erwerbs-unfähigen Mitgliedern eine dauernde Unterstützung zukommen lassen zu können. Nachdem er noch mit einigen Worten der durch den Tod von uns Begangenen gedacht hatte, schloß der Bericht und es kam zu einer angeregten Aussprache darüber.

Koll. Frennig war der Auffassung, daß der Ortsvorstand wenig oder gar nichts im Interesse der Kollegenchaft getan habe und die Verammlung für 1928 einen anderen Ortsvorstand wählen müsse, um nicht wieder „so angeführt zu werden, wie im Jahre 1927“.

Koll. Wolter hält für die kommenden Kämpfe Lösungen für notwendig und fordert, daß die im Jahre 1927 erhobenen und nicht verwendeten Extrabeiträge den Ortsverwaltungen wieder zur Verfügung gestellt werden. Redner verwies auf die großen finanziellen Leistungen unserer Ortsverwaltung gegenüber der Hauptkasse und hofft vom diesjährigen Verbandstag, daß die auswärtigen Vertreter Berlin nicht nur als melfende Muth betrachten und für die Berliner Wünsche ein besseres Entgegenkommen zeigen werden. Unsere Anträge müssen gut vorbereitet werden; dazu sollen auch die von verschiedenen Kollegen gewünschte Einrichtung von Brandendienst. Letzteres soll die Tagesordnung der nächsten Mitgliederversammlung ermöglichen. Koll. Herm. Meier fürchtet von der jetzt einsetzenden Rationalisierung im Gewerbe ein weiteres Anwachsen der Arbeitslosigkeit. Der Ortsvorstand müsse darauf mehr Aufmerksamkeit richten und darf es nicht zulassen, daß ausschließlich unsere Kollegenchaft dafür die Kosten trägt. Der Ortsvorstand habe entscheidende Fragen zu wenig behandelt, und müsse sich dem Unternehmertum gegenüber schärfer einstellen. Koll. Bobl schilderte die Tätigkeit der Ortsverwaltung, besonders der nicht angestellten Vorstandsmitglieder bei Betriebs- und Abteilungsverammlungen, in denen eine lebhaftige Bewegung der Kollegenchaft festzustellen ist und mit denen ein inniger Zusammenhang zwischen Verwaltung und Kollegenchaft geschaffen wird, als es durch Mitgliederversammlungen möglich ist.

Koll. Richard Günther sieht in dem erfreulichen Anwachsen der Mitgliederzahlen eine Stabilisierung unserer Berufsverhältnisse. Auch er hofft vom Verbandstag, daß er einen Ausbau der Arbeitslosenunterstützung vornehmen werde. Er attestierte dem sog. Oppositionsredner eine gewisse Sachlichkeit ihrer Kritik, wenn auch neben einigen Entgegnungen Frennig und Meier vom Ortsvorstand mehr verlangen, als er geben kann. Es sei kein Versehen unserer Verwaltung, wenn die Löhne hinter dem Bedarf zurückbleiben. Das sei eine Angelegenheit der gesamten Arbeiterchaft und kann nur durch planmäßige gewerkschaftliche und politische Arbeit geändert werden. Nicht immer werden Erfolge sein, und in Zeiten der Sammlung und Vorbereitung muß sich auch der Gewerkschaftsführer unter Umständen mit einem mageren Verhandlungsergebnis begnügen. Trotzdem habe unsere Ortsverwaltung im Vorjahre herausgeholt, was möglich war. Es würde manchmal auch mehr Kritik geübt werden, wenn nicht durch utopische Forderungen und Bruderkämpfe unangehore Opfer an Zeit und Energie gebracht werden müßten. Nicht alles sei erreicht worden, aber rastlose Arbeit an uns selbst und in den Betrieben, Aktivität der Massen, verbunden mit Vertrauen zur Führung werden uns vorwärts bringen.

Koll. Gloß konnte in seinem Schlusswort neben der Beantwortung einiger Anfragen und einer deutlichen Klärstellung gegenüber Koll. Meier die Hoffnung aussprechen, daß im nächsten Jahre die Kritik über die Arbeit der Verwaltung nicht schärfer sei, als heute, da der Jahresbericht im allgemeinen wenig kritisiert sei. Dann folgten die Wahlen. Für die krankheitsbedingte ausfallenden Kollegen Kimpel und die Kollegin Seeger mußte Ersatz geschaffen werden. Alle anderen Mitglieder der Ortsverwaltung, der Revisions- und Bibliothekskommission hatten sich bereit erklärt, wieder zu kandidieren. Auf Vorschlag Koll. Weiblich wurden: hierauf die Kollegin Kappheim und der Koll. Max Hofmann mit den bisherigen Mitgliedern gegen eine geringe Stimmenzahl gewählt.

Unter Verschiedenem teilte Koll. Grafmann mit, daß unsere Organisation 30 Vertreter beim Versicherungs- und Oberversicherungsamt zu stellen hat, und erbatte die Funktionäre, der Verwaltung geeignete Kolleginnen und Kollegen in Vorschlag zu bringen.

Die Kollegin Böh und der Koll. Paul Schröder, welche sich an dem Preisaus schreiben der Unfall-Berufsgenossenschaft beteiligten, wurden mit Preisen von je 20,— Mk. bedacht.

Von der Verwaltung geplant sind Führungen und Besichtigungen, zunächst des Planetariums. Teilnehmer wollen sich im Bureau anmelden. Näheres noch im „Mittelungsblatt“. Dort finden die Kollegen ebenfalls Näheres über die Teilnahme an der Preisausstellung in Köln.

Für unseren Gelangverein Solidarität, welcher eingangs der Versammlung einige Vlieder zu Gehör brachte, bemilligte die Versammlung zur Förderung seiner künstlerischen Bestrebungen den Betrag von 600,— Mk. Mit dem Wunsche, die nächste Mitgliederversammlung wieder so gut besucht zu sehen, schloß Koll. Grafmann die Versammlung.

Darmstadt. Generalversammlung vom 24. Januar. Nach einigen Mitteilungen gab der Vorsitzende seinen Vorstandsbericht, aus dem zu ersehen ist, daß es auch im abgelaufenen Jahr an Organisationsarbeit nicht gefehlt hat. Schon gleich zu Beginn des Jahres 1927 hatten unsere Arbeitgeber versucht, bei der Tarifberatung ganz enorme Verschlechterungen für die Hilfsarbeiterschaft durchzusetzen. Der Reichsstreit für die Hilfsarbeiterschaft wurde durchzuführen. Der Reichsstreit sollte befristet werden. Doch es uns gelungen ist, diese Bewegung zu unseren Gunsten, wenn auch nicht in dem Maße, wie wir es wünschten, zu beenden, ist der Geselbstenheit unserer Kollegenschaft im ganzen Reich sowie der geschichtlichen Lauff der Tarifverhandlungen zu verdanken. Der Schiedsspruch brachte uns einen Lohnsatz bis 31. März 1928 und den Mantelvertrag bis 31. März 1929, so daß wir in den nächsten Wochen wieder vor einer Lohnbewegung stehen. Die Durchführung und Überwachung der tariflichen Bestimmungen hat sehr oft Schwierigkeiten gezeigt, die aber ohne Klagen erledigt werden konnten. Der Kollegenschaft ist zu empfehlen, bei allen, auch kleineren Verträgen der Prinzipale der Verwaltung Mitteilung zu machen, ebenfalls bei Kündigung dem Betriebsrat und dem Vorstand. Durch die rege Tätigkeit des Vorstandes sind Fortschritte zu verzeichnen, die am besten an der Mitgliederzunahme zu ersehen sind. Zur Bewältigung aller Arbeiten machten sich 1. Generalversammlung, 6 Mitglieder- und Vorstandssitzungen, 7 Sitzungen mit den Vertrauensleuten, 2 Sitzungen in Oberstadt und 6 Revisionen notwendig. Der Arbeitsnachweis ist, wie in den Vorjahren, gut benutzt worden. Arbeitslos sind 3 Kollegen und 8 Kolleginnen. Hieraus folgte der Bericht des Kassierers, der für gut befunden wird. Die Neuwahl des Vorstandes ergab folgendes Resultat: 1. Vorsitzender: Menges; Kassierer: Spiegel; Schriftführer: Luder, Beisitzer: Kollegin Lohr und Kollege Breitwieser, Revisoren: Luder und Menges. Als Kartellleiter wurde Menges und Spiegel. Der Arbeitsnachweis wird wie früher vom Vorsitzenden verwaltet. Unter Verschiedenes macht der Vorsitzende auf die Preisausstellung in Köln vom Mai bis Oktober 1928 aufmerksam. Einziehungsschlüssen zum Sparen für den Besuch derselben werden in den nächsten Tagen ausgegeben. Für einen Rheinausflug, der mit der Frankfurt, Mainzer und Wiesbadener Kollegenschaft gemacht werden soll, sind die Einziehungen ebenfalls in diese Listen zu machen. Hierauf nahm Kollege Kalb, Frankfurt a. M., das Wort und ermahnte die Kolleginnen und Kollegen, für die kommende Zeit ganz besonders auf der Hut zu sein, aber Voraussetzung daß das Jahr 1928 ein Wahl- und Kampfsjahr wie noch nie zuvor. In den nächsten Wochen werden neue Lohnverhandlungen stattfinden und die gesamte Kollegenschaft wieder an die Front gerufen werden. Auch bei allen sonstigen Anlässen, wie bei den Wahlen, muß unsere Kollegenschaft wissen, um was es geht. Es kann uns nicht einfallen, wer die Geschicke des deutschen Volkes in der Hand hat. Gerade bei Schiedssprüchen ist es unbedingt erforderlich, daß das Reichsarbeitsministerium in die Hand eines Mannes gegeben wird, der die Lage der Arbeiterchaft versteht und zu behandeln weiß. Eine geschlossene Front der Arbeiterchaft ist in der Lage, den Unternehmern ein Paroli zu bieten. Der Vorsitzende dankte allen Kolleginnen und Kollegen, die im abgelaufenen Jahr ihre Schuldigkeit getan und tatkräftig mitgearbeitet haben, mit der Bitte, auch im neuen Geschäftsjahr ihre Pflicht zu tun, dann kann auch der Erfolg nicht ausbleiben. Mit einem Hoch auf den Verband schloß der Vorsitzende die Versammlung.

Kassel. Generalversammlung am 13. Januar. Der Vorsitzende teilte zunächst mit, daß der Gauleiter Kollege Kalb krankheitsbedingt der heutigen Versammlung nicht beiwohnen könne. Des ferneren gab er zur Kenntnis, daß bereits angebahnte Lohnverhandlungen geschleitet sind. Es habe den Anschein, als ob das Jahr 1928 uns schwere wirtschaftliche Kämpfe bringen werde, die letzten Ereignisse in der Tabak- und Eisenindustrie beweisen dies zur Genüge. Um so mehr müssen wir auf dem Posten sein und die Augen offenhalten. Aus dem Jahresbericht ist zu entnehmen, daß das Jahr 1927 ein sehr arbeitsreiches gewesen ist. In seinem Vordergrund standen die Lohn- und Tarifverhandlungen, welche sich unter hartnäckigen Kämpfen bis zum April hinzogen und erst durch Verbindlichkeitsklärung beendet wurden. War der Erfolg dieser Kämpfe auch nicht ganz zufriedenstellend, so hatten wir doch die Genugtuung, daß der Versuch der Unternehmer, den Hilfsarbeitertarif zu verschlechtern, für diesmal wieder gescheitert war. Außer den üblichen Monatsversammlungen mußten in verschiedenen Fällen Sitzungen und Besprechungen stattfinden, um die Interessen der Mitgliedschaft zu vertreten und tarifliche Schwierigkeiten zu beseitigen. Bei einer der größten Firmen mußte es natürlich erst zur Klage kommen, um den betreffenden Mitgliedern zu ihrem Recht zu verhelfen. Auch in den uns angeschlossenen Vororten Meisingen und Schwägee begegneten wir tariflichen Schwierigkeiten, die aber dank dem rechtzeitig eingreifenden Ortsvorstande zur Zufriedenheit behoben wurden. Aber auch in geistlicher und geistiger Beziehung wurde der Mitgliedschaft Rechnung getragen durch Veranstaltung von Vorträgen und Unterhaltungsabenden seitens des Orts- und graphischen Kartells. Leider war bei unserer Mitgliedschaft kein Verständnis dafür vorhanden, denn außer dem Vorstand war die Beteiligung gleich null. Dies ist ein sehr bedauerndes Zeugnis für eine Zahlstelle von 165 Mitgliedern. Man sollte doch dieser Gleichgültigkeit endlich mal ein Ende machen und sich nicht bloß während der Dauer eines Lohnkampfes der Verbandszugehörigkeit erinnern, um dann, wenn wieder alles glücklich verlaufen ist, von neuem einzuschlummern. Das kann der Kassierer Kollegenschaft noch einmal zu einem schärferen Verständnis werden, denn unser Gegner schläft und schlummert nicht. Mit diesem erneuten Appell schloß der Vorsitzende seinen Jahresbericht.

Der auf Einladung anwesende Vorsitzende des Maschinenmeisterrates Kollege Brinmann unterrichtete die letzten Ausführungen des Vorsitzenden besonders und behauptete ebenfalls die Gleichgültigkeit der Mitgliedschaft, denn der heutige Versammlungsbefuch sei bei einer so wichtigen Tagesordnung niederlassend für den Vorstand. Auf Einladung des Ortsvorstandes sei er hergekommen, um mit demselben und der anwesenden Mitgliedschaft Mittel und Wege zu finden, wie man die letzten Indifferenzen heranziehen kann. Er wolle mit Hilfe seiner Buchdruckerkollegen für ein geschäftliches Zusammenarbeiten Sorge tragen. In den letzten in gewerkschaftlichen Dingen und Verkennung der eigenen Lage führen oftmals zu Differenzen, welche

sonst nicht so leicht entstehen können. Darum möchte er als Gast nochmals mit einem Appell an die Versammlung herantreten, dem Vorstand die nötige Unterstützung nicht zu verweigern.

Der letzte Punkt der Tagesordnung, Neuwahl der Ortsverwaltung, zeitigte die Wiederwahl des Gesamtvorstandes mit der Veränderung, daß Kollege Köth an Stelle der Kollegin Rübenkönig (welche aus Gesundheitsrücksichten ausscheidet) das Amt des zweiten Vorsitzenden übernimmt. Die Ortsverwaltung setzt sich nun wie folgt zusammen: Kollege Lengemann erster, Köth zweiter Vorsitzender, Goldmann als Kassierer, Meyer, Schriftführer, Kollege Klein und Kollegin Wagner als Beisitzer sowie Kollege Bürger und Kollegin Kraft als Kassenrevisoren. Der ausscheidende Kollege Rübenkönig widmete der Vorsitzenden den wärmsten Dank für ihre Tätigkeit und wünscht ihr in gesundheitlicher Beziehung das Beste. Nach Erledigung einiger interner Angelegenheiten schloß der Vorsitzende die Versammlung um 9 Uhr mit dem Wunsche, in der nächsten Versammlung ein volles Haus zu sehen.

Mainz. Am Dienstag, dem 17. Januar, fand unsere diesjährige Generalversammlung statt, die leider schlechten Besuch aufzuweisen hatte. Wenn auch besondere Verhältnisse eine Anzahl Mitglieder an diesem Tage von der Versammlung fernhielten, so muß das Versammlungsschwächen des anderen Teils als straflicher Verdienst bezeichnet werden. Von der Firma E. M. Meyer und Verlagsanstalt waren weder der Vertrauensmann noch die Mitglieder anwesend. Auch ein Teil des Personals der „Mainzer Volkszeitung“ scheint der Meinung zu sein, daß die soziale Frage für ihn gelöst sei. Man sollte doch annehmen dürfen, daß trotz des Trubels der „Meener Felsenacht“ bei dem graphischen Hilfspersonal noch soviel Berufnis übrig bleiben müsse, um zu begreifen, daß man sich um seine beruflichen Verhältnisse kümmern muß, wenn man seine wirtschaftlichen Verhältnisse bessern oder das unter vieler Mühe Gewonnene nicht wieder verlieren will. Im Interesse der Mainzer Kollegenschaft selbst wünschen wir dringend Besserung des Versammlungsbesuches. Die Abwidlung der Geschäfte in der Mainzer Zahlstelle bewegte sich, wenn auch unter großen Opfern des engeren Vorstandes, in normalen Bahnen. Die freiwillig aufgenommene Arbeitsfülle von ein paar Personen scheint aber bei der itirigen Kollegenschaft den Glauben erweckt zu haben, daß ihre Mitarbeit überflüssig sei, denn anders ist die an den Tag gelegte Sorglosigkeit vieler Mitglieder, darunter auch einiger Vertrauensleute, nicht zu deuten. Durch Beitragszahlen allein kann kein wirtschaftlicher Erfolg erzielt werden, dazu ist die Mitarbeit aller Mitglieder notwendig. Der Referent hoffte, daß dies im neuen Geschäftsjahr besser werde. Der Mitgliederbestand betrug am 1. Januar 1927 30 männliche und 156 weibliche, zusammen 186 Mitglieder. Am 1. Januar 1928 waren es 35 männliche und 171 weibliche, zusammen 206 Mitglieder. Die Einnahmen der Hauptkasse betrugen 5174,30 M., an die Hauptkasse wurden gezahlt 4129,25 M. Die Gesamteinnahmen der Vorkasse waren 2638,40 M., die Ausgaben 2276,80 M. Der Kassenbestand betrug am 1. Januar 1928 361,60 M. Das tarifliche Verhältnis in den Betrieben kann als normal bezeichnet werden, einzelne Differenzen konnten nach Verhandlungen leicht beigelegt werden. Wo noch Abweichungen auf tariflichem Gebiet bestehen sollten, ist es dem Verhalten der betreffenden Kollegenschaft selbst zuzuschreiben. Die Zusammenarbeit mit den anderen graphischen Bruderorganisationen, die sich im Rahmen des graphischen Kartells größtenteils bemerkbar machte, ist gut zu nennen. In dieser Stelle sprach der Redner den Dank an die Führer der Bruderorganisationen aus für ihre solidarisches Mitarbeit. Die nun folgende Vorstandswahl brachte wenig Veränderung. An Stelle des ausscheidenden Schriftführers Kollege Hauser wurde der Kollege Joh. Küstermann einstimmig gewählt. Als Revisorin wurde neu die Kollegin Beck bestimmt. Alle Vertrauensleute blieben in ihren Ämtern. Nach Besprechung der tariflichen Gesamtlage und dem Hinweis auf die bald eintretende Tarif-erneuerung schloß Kollege Müller die Versammlung.

Rundschau.

Der Mitgliederverlust bei den Christlichen ist nach den Ergebnissen ihrer Statistik für das Krisenjahr 1926 besonders groß. Ihre Verluste überstiegen die des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes recht erheblich. Die christlichen Gewerkschaften zählten im Durchschnitt des Jahres 1926 541 092 Mitglieder gegen 606 449 im Vorjahre. Das ergibt einen Verlust von 65 357 Mitgliedern oder 10,8 Proz. Der ADGB hatte dagegen nach dem in seinem Jahrbuch enthaltenen Bericht im Jahresdurchschnitt 1926 einen Rückgang von 179 142 Mitgliedern oder 4,3 Proz. erlitten. Die Zahl der weiblichen Mitglieder verringerte sich bei den christlichen Gewerkschaften um 33 216 oder 22,3 Proz., während ihre Zahl beim ADGB um 92 088 oder 12,3 Proz. abnahm. In der Zusammensetzung des Gesamtverbandes ist gegen das Vorjahr keine Veränderung eingetreten, es waren ihm 19 Verbände angeschlossenen, die am Ende des Jahres 1926 zusammen 7624 Ortsgruppen hatten.

Der Guttenbergbund konnte im Jahresdurchschnitt eine Mitgliederzahl von 3360 ausweisen, der Graphische Zentralverband zählte 3875 Mitglieder.

Die englischen Gewerkschaftsfinanzen nach den großen Streiks. Die großen Streiks vom Jahre 1926 — Generalstreit und Bergarbeiterstreit — haben den Mitgliederstand der englischen Gewerkschaften nicht in allzu großem Maße berührt. Die Mitgliederzahl sank Ende 1926 gegenüber 1925 um nur 300 000 und betrug Ende 1926 4 190 000. Um so mehr wurden die Gewerkschaftsstellen durch die Riesenausgaben in Mittelbeschäftigung gezogen. Das Vermögen von 485 eingetragenen Gewerkschaften (d. i. nur ein Teil sämtlicher Gewerkschaften) schrumpfte von 12 1/2 Millionen Pfund Sterling auf 8 650 000 Pfund Ende 1926 zusammen, d. h. es wurden im Jahre 1926 über die laufenden Einnahmen hinaus noch etwa 4 Millionen Pfund für die Finanzierung der Streiks ausgegeben. Für Streikunterstützung gaben die Gewerkschaften in diesem Jahre 5 617 000 Pfund gegenüber nur 3 130 000 Pfund im Jahre 1925 aus, für Arbeitslosenunterstützung 6 377 000 gegenüber 4 527 000 Pfund. Das Jahr 1927, in dem größere Streiks nicht stattfanden, dürfte wieder eine finanzielle Erstarung der Gewerkschaften gebracht haben.

Auch in Merito Zwangstarif. In Merito wurde kürzlich zur Regelung der Arbeitskonflikte ein Bundesamt für Schlichtungswesen aufgestellt. Dieses ist zuständig in allen Arbeitskonflikten, welche den Staat betreffen. Die Schlichtungsausschüsse sind paritätisch zusammengesetzt und können auch Arbeitskonflikte schlichten, die sich auf die Arbeiterchaft mehrerer Gliedstaaten beziehen. Doch kann der Wirkungsbereich der Schlichtungsausschüsse auch auf Arbeitskonflikte innerhalb der Privatindustrie ausgedehnt werden, falls die Mehrheit der Unternehmer- oder der Arbeiterverbände das Schlichtungsamt für diesen Zweck anruft.

Eine stumpfe Waffe? Bei den einleitenden Verhandlungen um die Arbeitszeit in der Nordwestgruppe der Eisen- und Stahlindustrie wurde die angebotene Stilllegungsaktion der Schwerindustrie von Gewerkschaftsseite als Druckmittel bezeichnet. Die Unternehmer bestritten das und führten dabei an: Die Gewerkschaften haben bei jeder Verhandlung mit dem Druckmittel des Streits gedroht, wir haben aber längst empfunden, daß diese Waffe stumpf ist!

Bekanntlich mußten die Gewerkschaften sich einem Schiedsspruch fügen, der die Forderungen bei weitem nicht erfüllte. Bei 1 bis 2 Pf. Lohnerböhung mußten die Arbeiter die stellenweise erreichte Arbeitszeitverkürzung noch mit dem halben Lohnausfall bezahlen. Den freien Gewerkschaften blieb kein anderer Ausweg übrig, auch schon deshalb, weil sich die anderen Gewerkschaftsrichtungen, besonders der Christliche Metallarbeiterverband, nicht auf eine einheitliche Forderung der drei Gewerkschaftsrichtungen einigen wollten. Durch diese Zerplitterung war die Stofkraft der Gewerkschaften von vornherein in starkem Ausmaß behindert; ganz besonders, weil die Christen im Westen ihre größten Mitgliederzahlen haben.

Daß es auch anders herum gehen kann, zeigt der augenblickliche Kampf in der Metallindustrie Mitteldeutschlands. Hier haben die anderen Gewerkschaftsrichtungen eben keinen nennenswerten Einfluß. Deshalb können Kämpfe viel einheitlicher und geschlossener geführt werden. Für alle Arbeiter aber sollten die Worte der Großindustriellen von der Ruhr eine Mahnung sein! Sorgen wir wie bisher dafür, daß unsere Waffen scharf sind!

Literatur.

„Die Arbeiterwelt“ mit Beilage „Arbeiterbildung“ ist zum Preise von 1,50 M. für das Vierteljahr durch die Post oder Buchhandlung zu beziehen. Einzelnummern kosten 7 Pfennig. Der Reichsausschuß für sozialistische Bildungsarbeit, Berlin SW 68, Lindenstr. 3, stellt Probeummern gern zur Verfügung.

Die beste kommunistische Zeitschrift für sozialistische Arbeit in Stadt und Land ist „Die Gemeindef.“. Bezugpreis monatlich 90 Pf. Bestellungen bei jeder Postanstalt oder direkt beim Verlag S. S. W. Dieb Kadz, Berlin SW 68, Lindenstr. 3.

Das sozialistische Jahrbuch. Zeitschrift für Religion des Sozialismus und sozialistische Kultur. Herausgegeben von Dr. Gustav Hoffmann. 1928. Nr. 1. Verlag für sozialistische Literatur, Hannover-Borsfeld. Preis vierteljährlich (4 Hefte) 60 Pf. und 15 Pf. Porto.

Warum arm sein? Von Fritz Zarnow. Gewerkschaften und Wirtschaft. Heft 3. Berlin 1928. Verlagsgesellschaft des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes m. b. H. Preis 1,60 M., Organisationspreis 1 M.

Briefkasten.

M. in Darmstadt. Ist dort die Tinte eingetrocknet?

Abrechnungen.

In der Woche vom 23. bis 28. Januar gingen aus Nürnberg die Abrechnungen über das 4. Quartal vom Gau 4a und der Betrag von 5639,10 M. bei der Hauptkasse ein. Berlin, den 28. Januar 1928.

H. Lodaht.

Für die Woche vom 29. Januar bis 4. Februar ist die Beitragsmarke für das 5. Feld des Mitgliedsbuches oder der Mitgliedskarte zu kleben.

Unserer Kollegin Anna Kempe in Firma Biedenhahn u. S. — Chemnitz Tageblatt — zu ihrem 25jährigen Arbeitsjubiläum die herzlichste Gratulation. — Möge sie dem Verband ebenso treu bleiben, um einst als Verbandsjubilatin begrüßt und beglückwünscht zu werden.

Zahlfelle Chemnitz.

Unserer lieben Kollegin Anna Abel und ihrem Gemahl Martin Reuß zu ihrer stattgefundenen Vermählung nachträglich die herzlichsten Glückwünsche.

Die Mitglieder der Zahlstelle Trier.

Beilagen-Hinweis.

Es ist leider eine weitgehende Tatsache, daß sich die meisten Menschen viel zu wenig um ihre Gesundheit kümmern und Anzeichen drohender Krankheiten nicht beachten.

Welche Folgen eine derartige Vernachlässigung seines eigenen Körpers hat, wie man aber auch sein Wohlbefinden erhalten kann, seine Gesundheit wieder herstellen kann, sagt Ihnen der der heutigen Ausgabe unseres Blattes beiliegende Prospekt der Firma Dr. med. F. Schulzbeil G. m. b. H., Berlin W. 35, den wir genauestens zu beachten bitten.

Ein jeder erhält auf Wunsch völlig kostenlos und portofrei eine Probepackung des vorzüglich bewährten Nervenstärkungsmittels und Blutnährpräparates „Haemafan“ sowie die Broschüre „Geheimnisse Lebenskräfte“. Vermuten Sie bitte hierzu die an dem Prospekt angelegte Karte. Ein Versuch ist in jedem Falle dringend zu empfehlen.

STERBETAFEL

Am 27. Januar verstarb nach kurzer Krankheit unsere liebe Kollegin

Cläre Schaller

im blühenden Alter von 23 Jahren.

Ein ehrendes Andenken bewahrt ihr

Die Zahlstelle Crimmitschau.

Verantwortlich für Redaktion: R. Schulze, Charlottenburg, Weescheiderstr. 16. Fernruf: Amt Weidend 1328. — Verlag: H. Lodaht, Charlottenburg. — Druck: Bornhörs-Subdruckerei und Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin SW. 68.